

20.04.1963
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/AVIII/82

Bonn, den 30. April 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|--------|--|----|
| 1 - 1a | <u>Mit den Waffen des vorigen Jahrhunderts</u>
Die Aussperrung in der Metallindustrie | 61 |
| 1a | <u>Und die Regierung ?</u>
Der Preis der Passivität | 34 |
| 2 - 3 | <u>Alles geordnet ?</u>
Von "Kanzler auf Abruf" zu "Kandidat für einen Übergangskanzler"
Von Helmut Rohde, MdB | 65 |
| 4 - 5 | <u>Schwere kulturpolitische Niederlage der CDU</u>
Zum Abschluß der Koalitionsverhandlungen in Rheinland-Pfalz
Von Jockel Fuchs, MdL | 84 |
| 6 - 7 | <u>Die Studentenschaft will die Zukunft meistern</u>
Der 7. Studententag in Bochum
Von Dieter Bielenstein | 89 |

Chefredakteur Günter Markscheffel

Mit den Waffen des vorigen Jahrhunderts

Die Aussperrung in der Metallindustrie

G.M. - Die Metallindustriellen in der Bundesrepublik scheinen aufs Ganze gehen zu wollen. Ihr Beschluß, die Arbeiter auch aus Betrieben auszusperrn, die nicht bestreikt werden, ist eine bewußte Herausforderung an die Metallarbeiter, möglicherweise aber auch an die gesamte organisierte Arbeitnehmerschaft.

Die Unternehmer der Metallindustrie berufen sich bei dem Aussperrungsbeschluß auf ein ihnen angeblich zustehendes Recht. Sie sagen, sie hätten mit dieser Maßnahme die Gewerkschaften zwingen wollen, auch an nichtstreikende Arbeiter Streikunterstützungen zu zahlen, um auf diese Weise die finanzielle Kraft der organisierten Arbeitnehmerschaft zu schwächen und zum Nachgeben zu zwingen.

Bewußt haben damit die Arbeitgeber der Metallindustrie ihre härteste Waffe gleich zu Beginn einer durchaus legalen Auseinandersetzung zwischen den Tarifpartnern eingesetzt. Ob sie hierbei die psychologischen und wirtschaftlichen Folgen ihres verhängnisvollen Schrittes richtig einkalkuliert haben, wird sich bald zeigen. Es ist nämlich jetzt in den Augen von Millionen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik ein Zustand erreicht, der wenig Spielraum für Verhandlungen offen läßt. Wer die schärfste Waffe gleich zu Beginn eines Kampfes einsetzt, muß damit rechnen, daß man ihm ebenfalls mit schärfsten Waffen antwortet.

Die Aussperrungsmaßnahme ist zugleich aber auch eine Herausforderung an die größte Einzelgewerkschaft der Welt, die Industriegewerkschaft Metall, die mit ihren rund 2 Millionen Mitgliedern an der Spitze aller Arbeitnehmerorganisationen der freien Welt steht. Selbstverständlich müssen die Arbeitgeber der westdeutschen Metallindustrie damit rechnen, daß die freien Gewerkschaften der gesamten freien Welt ihren Kollegen in der Bundesrepublik zu Hilfe eilen, und wer bei dieser Kraftprobe den längeren Atem haben wird, ist leicht auszurechnen.

Wir hoffen immer noch, es möge nicht zu einer solchen Kraftprobe kommen, denn wir wissen nur zu gut, daß es auch bei den Metallindustriellen zahlreiche Persönlichkeiten gibt, die aus ihrer eigenen Lebenserfahrung wissen, daß der jetzt von ihrem Unternehmerverband provozierte Klassenkampf von oben nach unten ein Mittel der sozialen Auseinandersetzung ist, das nicht mehr in unsere Zeit paßt. Es scheint jedoch immer noch einige Syndizis zu geben, die in ihren Verbänden mehr zu sagen haben, als die Mitglieder selbst und deren "Waffenarsenal" immer noch aus der Kottenkiste des vergangenen Jahrhunderts stammt.

Im 19. Jahrhundert gehörte die Aussperrung von Arbeitern aus den Betrieben zur beliebtesten Methode von Unternehmern, die ihre Arbeiter zwingen wollten, menschenunwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuerkennen. Man ging einfach von der Frage aus "Wer hat den längsten Atem?", wobei man von vornherein wußte, daß der Unternehmer es mit seinem privaten Bankkonto trotz eines von ihm selbst stillgelegten Betriebes länger ohne Arbeit aushalten konnte, als eine Arbeiterfamilie, die nur den Tageslohn ihres Ernährers hatte und vor allem keine starke Gewerkschaft, die solidarisch helfend eingreifen konnte.

Die letzten großen Aussperrungen in Deutschland waren in den Jahren 1926 und 1929. Seinerzeit wurden 2,1 Millionen Beschäftigte von Aussperrungen betroffen, während nur 1,8 Millionen Beschäftigte in den Streik getreten waren. Der Verlust an Arbeitstagen betrug in dieser Zeit durch Aussperrungen 46,6 Millionen, durch Streiks nur 39 Millionen.

Als man damals Bilanz zog und feststellen mußte, daß die Unternehmer sich und der gesamten Volkswirtschaft mehr Schaden zugefügt hatten, als durch einen Streik jemals hätte zugefügt werden können, verzichtete man auf das Mittel der Aussperrung von Arbeitern. Seither ist es nicht mehr angewandt worden, weil jeder Nationalökonom und jeder Soziologe weiß, daß nicht Streiks oder andere Kampfmaßnahmen bei Lohnauseinandersetzungen das soziale und wirtschaftliche Klima für lange Zeit vergiften, sondern der Versuch den Standpunkt des "Herrn im Hause" mit aller Macht durchzusetzen. Den Metallindustriellen des Jahres 1963 bleibt es vorbehalten, längst schartig gewordene Waffen des 19. Jahrhunderts wieder eingesetzt zu haben.

+ + +

Und die Regierung ?

Der Preis der Passivität

sp - Ist die Regierung von der Verschärfung des sozialen Klimas in der Bundesrepublik freizusprechen? Hat ihre Finanz- Steuer- und Wirtschaftspolitik dazu beigetragen? Man muß leider aus vielen Gründen diese Fragen stellen... Heute rächt sich die Direktionslosigkeit des durch innere Zerrwürfnisse geschwächten fünften Kabinetts Adenauer, das die Zügel schleifen ließ, statt zu führen. Die Regierung ist verantwortlich für die Erhaltung des sozialen Friedens, doch sie wurde dieser Verantwortung nicht gerecht, sie drückte sich davor. Ihre Publikationsorgane förderten eine antigewerkschaftliche Grundstimmung, gingen recht einseitig in der Beurteilung und Wertung sozialer Tatbestände vor. Durch ihre Tatenlosigkeit verschuldete sie auf vielen Gebieten Preiserhöhungen, gegen die es, wie die Dinge liegen, eben kein anderes Mittel als Lohn- und Gehaltserhöhungen gibt. Was hat die Regierung, um nur ein Beispiel zu nennen, getan, um der Schande des Bodenwuchers ein Ende zu bereiten? Sie lobt zwar die Wohltat der Vermögensbildung für jedermann, aber ihre Praxis tat bisher das Gegenteil. Sie mißachtete alle Warnungen besorgter Männer über die sozialen, politischen und psychologischen Folgen einer Entwicklung, die der Bundesrepublik den gewiß nicht schmeichelhaften Ruf einbrachte, ein Paradies der Millionäre zu sein. Hat sich je ein Minister dieser Regierung die aufrüttelnde Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands über die ungerechte Vermögens- und Einkommensbildung zu Herzen genommen? Auch von der Regierung nahestehenden Seite wurde die Mater et Magistra, die päpstliche Denkschrift zur sozialen Lage der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts gelobt, weil es opportun erschien, aber die in dieser Enzyklika enthaltenen Einsichten fanden keinen Niederschlag in der Sozial- und Gesellschaftspolitik dieser Regierung. Die Vernachlässigung dringender sozialer Pflichten und Aufgaben rächt sich. Wir erleben dies heute im größten Sozialkonflikt der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Regierung ließ jede Initiative fehlen, die Voraussetzung für einen fairen Ausgleich zwischen den Sozialpartnern zu schaffen; statt anklagend die Finger zu erheben, stünde es ihr besser an, die Schuld bei sich selbst zu suchen.

+ + +

- 2 -

Alles geordnet ?

Vom "Kanzler auf Abruf" zum "Kandidat für einen Übergangskanzler"
Von Helmut Rohde, MdB

Was ist durch die plötzliche Fraktionsentscheidung der CDU für Prof. Erhard und gegen die Pläne Dr. Adenauers im Hinblick auf das Regieren in der Bundesrepublik denn nun eigentlich geschehen? Einer so wichtigen Frage gegenüber ist man gut beraten, wenn man nicht allzuviel spekuliert, sondern sich zunächst an die leicht greifbaren Tatbestände hält. Und die sehen so aus:

Wir haben jetzt mit Dr. Adenauer einen Bundeskanzler, dessen Worte und Entscheidungen in das Dämmerlicht des herannahenden Abschieds fallen und die auch so überall in der Welt betrachtet und bewertet werden. Auf der anderen Seite gibt es mit Prof. Erhard seit vergangener Woche eine Art Vorwahl-Kanzler der CDU-Fraktion, zwar ohne die Macht des Amtes, aber unter der dauernden Versuchung oder vielleicht auch Herausforderung, quasi Kanzler zu spielen.

* * *

Was uns damit die CDU für die nächste Zeit präsentiert hat, ist alles andere als eine sinnvolle Ordnung der Regierungsverhältnisse. Um Vokabeln zu gebrauchen, die aus ihren eigenen Reihen dringen: der eine, nämlich Adenauer, sei ein "Kanzler auf Abruf" und der andere, Erhard, "Kandidat für einen Übergangskanzler". Man habe ihn jetzt erst einmal von der Fraktion nominiert, weil die Niedersachsen-CDU in ihrer Angst vor dem Ausgang der Landtagswahlen auf diese schnelle Entscheidung ge-
drängt habe.

Das alles ist bezeichnend genug. Daß die CDU unfähig war, die Kandidatur des einen mit der Ablösung des anderen zeitlich zu synchronisieren, enthüllt ihre Schwäche den Regierungsaufgaben gegenüber und zeigt auch die innere Verfassung, in der sich heute diese Partei befindet.

Der Preis dieser Entscheidung der CDU ist unschwer zu erkennen: weiterhin Lähmung und Desorientierung in der Spitze der Regierungspolitik. Das Wort von den zwei halben Kanzlern, die wir jetzt besitzen würden, ist ein bitterer Kommentar zu dem Umstand, daß die CDU-Fraktion für die nächste Zeit gar nichts recht geordnet hat.

* * *

In dieser nächsten Zeit, in den kommenden Monaten also, haben wir mit einer bewegten und auch die Position der Deutschen bewegenden Außenpolitik zu rechnen. Da ist einmal jene alle freien Völker berührende Frage nach der weiteren Entwicklung der westlichen Politik und ihrer Perspektive aufgrund der Vorgänge und Erfahrungen der letzten Wochen neu zu durchdenken und zu behandeln. US-Präsident Kennedy kommt doch im Frühsommer nicht zum Besuch nach Europa, um einem ausscheidenden deutschen Kanzler ein amerikanisches Lebewohl zu sagen, sondern um der westlichen Politik und Gemeinschaft mit den in der Zukunft und für die Zukunft Verantwortlichen neue Impulse zu geben.

Auf der anderen Seite begegnen sich in den nächsten Monaten Ost und West in vielfältigen Gesprächen. Die Regierung weiß ganz genau, wie sehr die deutsche Frage damit verknüpft ist.

Mit einem Satz: wer die sachlichen Anforderungen, die gerade in der nächsten Zeit an die auswärtige Politik unseres Landes gestellt sein werden, konfrontiert mit den gegenwärtigen Bonner Regierungsverhältnissen, kann die jüngsten Kommentare der CDU, "nun sei Ordnung", nur als Ironie empfinden.

Mit dem Blick auf die Innenpolitik ist der Sachverhalt übrigens nicht beruhigender. Von der amtierenden Regierung gehen keine stabilisierenden Wirkungen auf die inneren Verhältnisse aus. Die großen Gemeinschaften, die eigentlichen Regierungsvorhaben - von der Sozialreform bis hin zur Finanzreform - das alles ist seit Jahren in den Schatten der sich desorganisierenden Regierungspolitik geraten. Wie sich das unter den gegebenen Voraussetzungen in der nächsten Zeit bessern soll, ist überhaupt nicht zu erkennen.

* * *

Aus alledem kann vernünftigerweise nur ein Schluß gezogen werden: die CDU/CSU sollte das Nebeneinander der Personen und die ungeklärten Regierungsverhältnisse, die im Laufe der Zeit nur noch fragwürdiger werden können, so schnell als möglich beenden. Untereinander mögen sich die Personen und Gruppen in der CDU politisch antun, was sie wollen. Solange diese Partei aber noch die Regierungsgeschäfte in der Hand hat, muß sie den Grundanforderungen, die der Staat an eine Regierungspartei stellt, genügen. Das ist dann nicht mehr nur die Sache der Partei selbst. Hier haben a l l e ihr Wort mitzureden.

+ + +

Schwere kulturpolitische Niederlage der CDU

Zum Abschluß der Koalitionsverhandlungen in Rheinland-Pfalz

Von Jockel Fuchs, M&L

Die rheinland-pfälzischen Wähler haben am 31. März bei der Landtagswahl der bisherigen CDU-Politik eine eindeutige Absage erteilt. Der Verlust von sechs Sitzen der CDU im Landesparlament, die von der SPD neu hinzugewonnen werden konnten, bedeutet eine grundlegende Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse in der rheinland-pfälzischen Landespolitik. Der in dem Wahlergebnis klar zum Ausdruck gekommene Vertrauensbeweis für die SPD beinhaltet für die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz die Verpflichtung, alles zu tun, um die Einleitung einer besseren Landespolitik zu ermöglichen und zu sichern. Gerade die durch das Verschulden der CDU aufgetretenen Versäumnisse auf dem Gebiet der Schul- und Kulturpolitik während der vergangenen Jahre erfordert den Einsatz neuer Kräfte, um den Anschluß an die Entwicklung und den Stand der anderen Bundesländer zu gewährleisten. Mit den rückständigen und unbeweglichen Kräften, die bisher die Schulpolitik in Rheinland-Pfalz verantwortlich geleitet haben, ist dieses Ziel nicht zu erreichen.

Die SPD nimmt den Auftrag der Wähler zur Neuorientierung der rheinland-pfälzischen Politik sehr ernst. Aus Verantwortung gegenüber der gesamten Bevölkerung des Landes hat sich die rheinland-pfälzische SPD unmittelbar nach den Wahlen entschlossen, Verhandlungen mit der FDP über die Bildung einer neuen Landesregierung auf sich zu nehmen. Dieser Schritt war umso berechtigter, als die Freien Demokraten und Sozialdemokraten während des Wahlkampfes in den entscheidenden Punkten der Schul- und Kulturpolitik die gleichen Forderungen erhoben haben.

Die Verhandlungen zwischen SPD und FDP sind in gegenseitiger Achtung und in einer Atmosphäre der Aufgeschlossenheit geführt worden. Das gemeinsam erarbeitete Konzept für die Bildung einer Landesregierung zwischen SPD und FDP bildet eine gute sachliche Grundlage für die Gestaltung einer modernen und sachlichen Landespolitik. Die SPD bejaht diese Alternative, weil sie dem Wahlergebnis vom 31. März weitgehend gerecht wird. Daß die FDP sich trotzdem für die Fortsetzung der bisherigen Koalition mit der CDU entschlossen hat, ist ausschließlich Sache dieser Partei. Die Entwicklung wird zeigen, ob die Koalition mit der CDU den von der FDP selbst herausgestellten Notwendigkeiten, insbesondere auf dem Gebiet der Schul- und Kulturpolitik entspricht.

Der Preis für die Regierungsbeteiligung bedeutet für die CDU eine schwere kulturpolitische Niederlage. Mit ihrer Zustimmung zu der von der SPD entschieden geforderten gleichzeitigen Änderung der

Artikel 36 und 29 der Landesverfassung gibt die CDU wesentliche Elemente ihrer bisherigen Schulpolitik auf, die sie seit 1946 leidenschaftlich und unter weltanschaulichen Verdächtigungen der politischen Gegner mit allen Kräften verteidigt hat. Artikel 36 der rheinland-pfälzischen Verfassung besagt, daß die Lehrerausbildung ausschließlich an konfessionellen Lehrerbildungsanstalten erfolgt. Während die CDU noch im März 1962 einen entsprechenden Antrag der Sozialdemokraten auf Verfassungsänderung entschieden abgelehnt hat, ist sie nunmehr zu einer Änderung bereit. Danach soll in Rheinland-Pfalz plötzlich die Lehrerbildung auch an simultanen pädagogischen Hochschulen möglich sein.

Noch schwerwiegender ist die von der CDU geforderte Änderung des Kapitels 29 der Landesverfassung. Die Bestimmung dieses Artikels besagt, daß "auf Antrag der Erziehungsberechtigten bestehende Schularten umzuwandeln oder Bekenntnis- und Simultanschulen neu einzurichten sind, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb, der auch durch eine einklassige Schule gewährleistet ist, nicht beeinträchtigt wird."

Damit war der Zersplitterung des rheinland-pfälzischen Schulwesens in den vergangenen Jahren Tür und Tor geöffnet und vor allem die Volksschul-Oberstufe in den ländlichen Gebieten weitgehend unmöglich gemacht worden. Unter dem Druck der Verhandlungen hat sich die CDU in Rheinland-Pfalz nunmehr bereiterklärt, den Zwischensatz, wonach ein geordneter Schulbetrieb auch bei einklassigen Schulen gewährleistet sei, zu streichen. Erfolgt tatsächlich die vorgesehene Änderung des Artikels 29, dann ist es ausschließlich Sache des Gesetzgebers, zu entscheiden, was ein "geordneter Schulbetrieb" ist. Gerade auf diesen Verfassungsartikel hat sich die CDU stets mit besonderem Stolz berufen. Daß es darüber innerhalb des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion der CDU in den letzten Tagen schwere innere Auseinandersetzungen gegeben hat, unterstreicht nur, wie stark die Schwenkung der CDU an die kulturpolitischen Grundsatzauffassungen dieser Partei herangeht.

Ob die Preisgabe kulturpolitischer Grundsätze zur Sicherung einiger Ministersitze einer echten geistigen Wandlung der CDU entspricht, oder ob sie nur taktischen Überlegungen entspringt, wird die Entwicklung zeigen.

Die angekündigte Abwehr der rheinland-pfälzischen CDU von ihrer eigenen Politik war nur möglich durch die Entscheidung der Wähler und das klare und konsequente Verhalten der SPD während der Verhandlungen über die Neubildung der Landesregierung. Das Zusammenwirken von FDP und SPD hat die CDU vor die Wahl gestellt, entweder in die Opposition zu gehen oder die eigenen Grundsätze aufzugeben. Die SPD wird in den nächsten Monaten darauf hinwirken, daß durch eine rasche Abwicklung der vorgesehenen Verfassungsänderungen im Landesparlament die notwendigen Schritte für eine moderne Schulpolitik auch in Rheinland-Pfalz eingeleitet werden können. In Fortsetzung ihrer bisherigen Politik wird die Sozialdemokratie jede Möglichkeit wahrnehmen, um mit den aufgeschlossenen Kräften des Landesparlaments eine bessere Politik zu ermöglichen.

Die Studentenschaft will die Zukunft meistern

Von Dieter Bielenstein

Unsere Studentenschaft stellt sich hellwach, kritisch und mit durchdrachten Vorschlägen den künftigen Anforderungen unseres Bildungswesens. Das zeigte sich auf dem siebenten Deutschen Studententag vom 23. bis 27. April in Bochum. Für eine Woche war das Industriezentrum bereits zur Universitätsstadt geworden, als dort 500 Studenten aus allen Fakultäten und aus allen den verschiedenen studentischen Gemeinschaften über "Studenten an neuen Universitäten" diskutierten.

Daß ihr Wort in der Öffentlichkeit durchaus wiegt, wurde deutlich, als sich zur Eröffnungsveranstaltung im Bochumer Schauspielhaus viele einfanden, die in der Kulturpolitik Rang und Namen haben. Daß die Vorschläge und Forderungen der Studentenschaft auch an den Hochschulen selbst Folgen zeitigen, bleibt nur zu hoffen. Magnificenz Speer, Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, warnte zwar davor, daß sich die Studentenschaft in ihrem Stroh nach Eigenverantwortung von der Hochschule isoliere, und forderte, daß sie gemeinsam mit den Hochschullehrern die anstehenden Probleme löse. Aber erstaunt mußte man dann feststellen, daß die Hochschullehrer dem Studententag fernblieben.

Zehn neue Hochschulen gefordert

"Nicht zuletzt der Stand unseres Bildungs- und Ausbildungswesens entscheidet darüber, ob wir einer lebenswerten Zukunft entgegengehen oder nicht!" Mit diesen Worten begründete der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), Lothar Krappmann, die Notwendigkeit, die Planung für die Gründung von mindestens 10 neuen Hochschulen hier und jetzt zu beginnen. Die Studentenzahlen werden in den nächsten zwei Jahrzehnten emporschnellen und der Hochschulausbau muß mit langen Fristen rechnen. Aber während man in anderen Ländern, so in Frankreich, England oder den USA, die Verdoppelung der Studentenzahlen sogar planmäßig anstrebt, um die Zukunft zu meistern, wird bei uns diese Entwicklung nur widerwillig, mißmutig oder auch resignierend hingenommen.

Größte Anstrengungen auf diesem Gebiet werden auch sicher größere Ausgaben für Schulen, Universitäten, Wissenschaft und Forschung fordern. Aber sie "sollten wie das Kernstück eines Verteidigungshaushalts behandelt werden. Diese Verteidigung ist sicherlich der beste und einzig mögliche Angriff auf die Systeme der Unfreiheit."

Letzter Versuch einer Hochschulreform

Der Studentenschaft geht es aber nicht allein um die Erweiterung der Kapazität unserer Hochschulen. An den neuen Universitäten soll auch ein neuer Geist herrschen, sollen neue Formen des Studiums und der akademischen Selbstverwaltung gefunden und verwirklicht werden. Die Liste der Reformvorschläge ist inzwischen endlos geworden, aber fast nichts davon schlug sich praktisch nieder. Zahlreiche hervorragende Professoren sind in den letzten 18 Jahren resignierend aus der Debatte um die Hochschul- und Studienreform ausgeschieden. Die Studentenschaft setzt nun ihre Hoffnungen auf die neuen Hochschulreformer, für deren Aufgabenstellung und Struktur sie detaillierte Pläne ausgearbeitet hat. "Wir machen einen letzten Versuch: die Reform auf einem Umweg!", hieß es in Bochum, denn über die neuen, von erstarrten Traditionen weniger belasteten Universitäten könnte

eine Reform des ganzen Hochschulwesens erreicht werden. Daß die Studentenschaft diese Aufgabe auch als Aufruf an die Öffentlichkeit zur Mitwirkung versteht, wurde durch die Ankündigung des VDS-Vorsitzenden deutlich, daß man künftig auch verstärkten Kontakt zu Kirchen und Gewerkschaften suchen müsse, die schon einst zu den Partnern der Hochschulreformdebatte zählten.

Ausbildungsförderung dient dem Gemeinwohl

Die Überlegungen zur Zukunft unseres Bildungswesens sind vom Problem der wirtschaftlichen Förderung junger bildungswilliger Menschen nicht zu trennen. So begrüßte der Studententag erneut den Entwurf der SPD-Bundestagsfraktion zu einem Ausbildungsförderungsgesetz und erinnerte an den "längst versprochenen und immer wieder verzögerten Regierungsentwurf". Eine umfassende Ausbildungsförderung muß nach Auffassung der Studentenschaft auch die Studentenförderung mit Stipendien einbeziehen. Denn ihr geht es nicht um Privilegien durch ein Sondergesetz oder gar um eine restriktiv gehandhabte Förderung der wissenschaftlichen Nachwuchskräfte. Die Hilfe für den sozial schwach gestellten Nachwuchs aller Ausbildungsgänge muß vielmehr im Vordergrund stehen. Die Chancengleichheit aller Begabten und Bildungswilligen aus jeder sozialen Schicht ist nur so zu sichern. Aber zugleich, so wurde in Bochum betont, dient eine solche Ausbildungsförderung dem Gemeinwohl, denn ein moderner Industriestaat ist ohne ausreichenden, qualifizierten Nachwuchs in seinem Bestand gefährdet.

Ziel ist der freie und verantwortliche Student

Die Gestaltung des eigenen Lebensbereichs will die Studentenschaft künftig auch in die eigenen Hände nehmen. An den allgemeinen Hochschulangelegenheiten will sie nach Kräften mitarbeiten, doch die genossenschaftliche Selbsthilfe, die heute den unabhängigen Studentenwerken übertragen ist, soll wieder Aufgabe der studentischen Selbstverwaltung sein. Die Studentenschaft darf nicht zum Objekt sozialer Fürsorge werden; sondern sie muß eigenverantwortlich ihre Angelegenheiten regeln können. So forderte der Studententag eine klare Ordnung des Studentenrechts, das ihr die Beitragshoheit für die soziale Selbsthilfe zuschreibt. Damit knüpfte man an die Traditionen einer demokratischen Selbstverwaltung in der Weimarer Zeit an, nachdem diese Rechte der Studentenschaft unter dem Nationalsozialismus entzogen und bis heute nicht wiederhergestellt wurden.

Sachliche und fundierte Diskussionen

Die hochschulpolitischen Forderungen des Studententages wurden sachgerecht und mit reichhaltigem Material untermauert. Mitunter vermochte der Beobachter nur mit Mühe den Diskussionen der Experten zu folgen. Wo die studentischen Ausschüsse nicht selbst Unterlagen erarbeitet hatten, zogen sie Fachleute heran. Dennoch ließ man sich den Blick auf die politischen Schlußfolgerungen nicht versperrern, die Verantwortung der Universität gegenüber den ganzen Gesellschaft blieb bewußt.

Über Einzelheiten der Beratungsergebnisse kann man verschiedener Ansicht sein. Daß aber diese Studentenschaft mit ihrer Sachkenntnis und ihrem politischen Gestaltungswillen willkommener Partner für eine vorausschauende Kulturpolitik ist, wird man ihr nach dem Bochumer Studententag nicht mehr bestreiten.